

Apirat Petchsiri, José Luis de Sales Marques, William Roth (Hgg.): Promoting Human Rights in Asia and Europe. The Role of Regional Integration

Baden-Baden: Nomos, 2009. 138 S., EUR 24,00

Der im Vertrag von Lissabon angelegte Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention sowie die Pläne der ASEAN, einen Mechanismus zur Überwachung der Menschenrechte zu schaffen, liefern zwei wichtige Anhaltspunkte für den Zusammenhang zwischen regionaler Integration und der Verbreitung von Menschenrechten. Und eben diesem wollen die Herausgeber des Sammelbandes mit einer (vergleichenden) Betrachtung Europas und Asiens auf den Grund gehen. Die Beiträge nähern sich dabei dem Gegenstand aus ökonomischer, politikwissenschaftlicher und juristischer Perspektive. Diese Multiperspektivität hat ihre Vor- und Nachteile, da sie einerseits ein breites Spektrum an Zugängen eröffnet, andererseits aber Schwierigkeiten hat, einer übergeordneten Fragestellung zu folgen. Hier fehlt eine Einleitung oder ein Schlusskapitel der Herausgeber, welches die gesammelten Erkenntnisse zusammenführt und in einen übergeordneten Zusammenhang einordnet.

Im ersten Kapitel liefert Muntarbhorn einen breit angelegten Vergleich der Menschenrechtsthematik in der regionalen Integration in Asien und Europa. Mithilfe von zehn Fragen über die Formen und das Ausmaß der regionalen Verrechtlichung von Menschenrechten zeigt er die verschiedenen Entwicklungsstadien und Schwierigkeiten auf. Auch wenn er mit Verweis auf kulturelle Unterschiede für kulturspezifische Ansätze plädiert, konstatiert er doch einen universellen Standard für Menschenrechte, hinter den regionale Kooperation nicht zurückfallen darf. Nach dem Beitrag von El-Agraas, der feststellt, dass grundsätzlich zwischen regionaler Integration (definiert gemäß WTO-Artikel

XXIV) und ökonomischen Rechten kein Zusammenhang existiert, knüpft Vasilache an die Frage der Universalität von Menschenrechten an. Er sucht nach einer Begründung für die universelle Gültigkeit von Menschenrechten. Da eine positive Ableitung eines universellen Wertekanons aus den verschiedensten Kulturen ein unmögliches Unterfangen sei, wählt Vasilache den negativen Weg, sich über eine Situation der Abwesenheit von Menschenrechten anzunähern. So lasse sich feststellen, dass Gesellschaft oder Zivilisation nicht ohne gewisse Grundrechte, wie das Recht auf die körperliche und geistige Unversehrtheit, denkbar sei. Damit seien diese universell.

Einen völlig anderen Blickwinkel nimmt Scheeck ein, der die Rolle supranationaler Gerichte in Europa für den Schutz der Menschenrechte analysiert. Seine These ist, dass die Verdichtung der Interaktion zwischen dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Impulse für die weitere Integration der Union setzen kann. Scheeck streitet dabei die oft unterstellte Konkurrenz beider Gerichte nicht ab, verweist aber darüber hinaus auf die Kooperationspotentiale. Indem die zwei Institutionen in ihrer Rechtsprechung aufeinander Bezug nehmen, stärken sie ihre jeweiligen Positionen und ihre Autonomie gegenüber der EU und ihren Mitgliedsstaaten.

Nachdem dieser erste Teil des Buches eher allgemein nach Zusammenhängen zwischen Regionalismus und Menschenrechten gefragt hat, widmet sich der zweite Teil spezifischer der Wirkung von regionaler Integration auf Menschenrechte. Ott, Balducci und Jian richten den Blick auf die Außenpolitik der Union. Ott analysiert die Entstehung einer konsistenten Menschenrechtspolitik innerhalb der EU als Voraussetzung für eine legitime Verbreitung der Menschenrechte in Drittstaaten. Die Autorin konstatiert einen kurvigem Weg zur Durchsetzung der Menschenrechte, der aber mit der Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon und dem

Bekenntnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention einen vorläufigen Höhepunkt erreiche.

Balducci fragt, ob die politische Integration der EU neben der gemeinsamen auch die Außenpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten beeinflusst. Auf der Grundlage des konstruktivistischen Ansatzes der „normative power“ untersucht er die Politik der EU und vier ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber China. Auch wenn der Vergleich aufgrund der Vielzahl von Akteuren und Politikfeldern eher oberflächlich bleibt, kommt Balducci zu dem interessanten Fazit, dass der normative Einfluss der Union zur Koordination der Außenpolitik der Mitglieder begrenzt ist und viel stärker rationale Erwägungen wie die Angst vor Sanktionen Chinas oder – wie im Falle des Waffenembargos gegen die Volksrepublik – der USA die Politik trieben.

Jian untersucht, welche Mittel der EU zur Transmission von Menschenrechten nach Afrika zur Verfügung stehen. Er sieht die EU als eine normative Macht, die ihre Werte mit den Strategien der Anziehung, der Überzeugung und des Zwangs global verbreiten will. In Afrika müsse sich die EU zwei großen Herausforderungen stellen, zum einen der Überwindung kultureller Unterschiede zwischen Sender und Empfänger und zum anderen der Konkurrenz um „soft power“ mit den USA und dem chinesischen Entwicklungsmodell. Der Sammelband schließt mit einem Artikel von Yang zur Geschlechtergleichheit in China und der EU. Insgesamt fällt die Qualität der einzelnen Beiträge sehr unterschiedlich aus. Die meisten Beiträge bieten allerdings gute Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen.

Jan Martin Vogel

Dirk Nabers (Hg.): Multilaterale Institutionen in Ostasien-Pazifik

Wiesbaden: VS-Verlag, 2010. 243 S., EUR 40,00

Laut Herausgeber Dirk Nabers, Senior Research Fellow und Leiter des Forschungs-

schwerpunkt, Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg, ist der Sammelband das „Ergebnis eines Jahrzehnts der Forschung zu Fragen der internationalen Politik in Ostasien“. Der Band umfasst sechs Artikel zu je einer multilateralen Institution in Ostasien, beginnend mit einem Beitrag von Bernhard Stahl (Universität Düsseldorf) zur Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (ASEAN). Im Rahmen einer „deskriptiv-analytischen Bestimmung der Institutionalisierung“ diskutiert Stahl zwei Fallbeispiele, die ASEAN Free Trade Area (AFTA) und die Konflikte mit der EU in Menschenrechtsfragen. Wie auch im zweiten Teil, in dem der Autor den Versuch einer „Bewertung der ASEAN“ unternimmt, ist sein Blick für die Diskrepanzen zwischen Selbstbeschreibung und objektiv überprüfbareren Ergebnissen der Integrationsbemühungen in Südostasien stets geschärft. So wirft er die angesichts der institutionellen Schwächen der ASEAN treffende Frage auf, warum es zu einer „Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration in den letzten zehn Jahren“ gekommen ist und beantwortet sie mit einer Aufzählung verschiedener „institutioneller Stärkungen“ der ASEAN (S. 33). Er lässt an dieser Stelle dann aber einen Hinweis auf die bedeutende Rolle vermissen, die insbesondere japanische transnationale Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung der AFTA gespielt haben (vgl. Hidetaka – nicht Hidetake wie fälschlich in Fn. 72 - Yoshimatsu in: Review of International Political Economy, 9/1, 2002). Dies ist kein empirisches Detail; der Nachweis solcher exogener Interventionen stellt analytisch das zentrale Bindeglied dar zwischen den „weltwirtschaftlichen Entwicklungen“ und der regionalen Handlungsebene und ist somit auch integrationstheoretisch von Bedeutung. Stahl schließt: „Die ASEAN ist und bleibt ein kostengünstiges und somit effizientes (nicht unbedingt effektives!) Instrument der Mitgliedstaaten zur Verfolgung ihrer nationalen Ziele, zur Mehrung von